

## Palin unterstellt Obama Euthanasiepläne



Die Debatte in den USA über die von Präsident Barack Obama geplante Gesundheitsreform spitzt sich immer mehr zu. So schaltete sich die ehemalige republikanische Kandidatin für das Vizepräsidentenamt, **Sarah Palin**, mit einem massiven Vorwurf ein: Sie warf dem Präsidenten auf der Internetplattform Facebook vor, sein geplantes System fördere eine Euthanasie alter und behinderter Menschen. Der Präsident wolle ein staatliches „Todes-Gremium“ schaffen, das darüber entscheiden solle, wer es wert sei, in den Genuss von Gesundheitsfürsorge zu kommen, schrieb Palin am Freitag wörtlich. „Ein solches System ist geradezu böse.“ Obama selbst wandte sich in seiner wöchentlichen Ansprache gegen die Euthanasie-Vorwürfe und andere „haarsträubende“ Vorwürfe. Palin bezog sich offenbar auf eine Passage in der Gesetzesvorlage des demokratisch beherrschten Abgeordnetenhauses. Danach soll die öffentliche Krankenversicherung Medicare für ältere und behinderte Bürger für Beratungen über die Gesundheitsversorgung „am Ende des Lebens“ aufkommen, sofern Patienten eine solche Hilfestellung wünschen. DPA

## Palästinenser schwören sich auf Kampf ein

Die Fatah-Organisation des palästinensischen Präsidenten Mahmud Abbas hat sich für Widerstand mit allen Mitteln gegen die israelische Besatzung ausgesprochen. Bei dem ersten Parteitag seit 20 Jahren billigten die Delegierten gestern in Bethlehem ein entsprechendes Programm. „Obwohl wir weiter nach einem gerechten Frieden streben, werden wir keine unserer Möglichkeiten aufgeben“, lautete einer der Punkte. „Wir glauben, dass Widerstand mit allen verfügbaren Mitteln das Recht besetzter Nationen ist, um ihre Besatzer zu konfrontieren.“ Die größte politische Bewegung der Palästinenser bekräftigte zudem ihre Forderungen nach einem unabhängigen Palästinenserstaat in den Grenzen von 1967 mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt sowie nach einem Recht der palästinensischen Flüchtlinge auf Rückkehr in ihre Heimat und nach Räumung aller israelischen Siedlungen. Am Samstag hatten die Delegierten Abbas als Vorsitzenden mit großer Mehrheit wiedergewählt. DPA

## Moldawien orientiert sich zum Westen hin

Eineinhalb Wochen nach der Parlamentswahl in der Ex-Sowjetrepublik Moldawien haben sich die prowestlichen Kräfte auf eine breite Koalition gegen die Kommunisten geeinigt. Damit steht das Land vor einem Machtwechsel. Das Regierungsbündnis aus vier Parteien gab sich den Namen Allianz für eine europäische Integration, wie die Demokratische Partei (DP) von Ex-Parlamentschef Marian Lupu am Samstag in der moldawischen Hauptstadt Chisinau mitteilte. Die Koalition will die bisherige Alleinregierung der Kommunisten ablösen und die seit Monaten andauernde innenpolitische und wirtschaftliche Krise des Landes beenden. DPA

## China steigt massiv in Windkraft ein

China hat den massiven Ausbau seiner Stromgewinnung aus Windenergie eingeleitet: Am Samstag wurde mit dem Bau einer Zehn-Gigawatt-Anlage in der nordwestlichen Provinz Gansu begonnen. Die erste Stufe werde eine Leistung von 3,8 Gigawatt (GW) liefern und im kommenden Jahr ans Netz gehen, erklärte Vize-Gouverneur Feng Ji-an in Jiuquan. Insgesamt will China bis 2020 landesweit seine Windkraft-Kapazität von derzeit 12 auf 100 GW ausbauen. In Deutschland sind dem Bundesumweltministerium zufolge im Moment etwas mehr als 22 GW Leistung Windenergie installiert. Ein Sprecher der chinesischen Energiebehörde NEA wies in Jiuquan Befürchtungen zurück, es könne eine Überkapazität entstehen. REUTERS

# EU wütend über Schauprozesse im Iran

Ratspräsident Carl Bildt verlangt Freilassung der Angeklagten · Revolutionsgarden fordern Anklage auch gegen Mussawi

VON REINHARD HÖNIGHAUS, BRÜSSEL

Die EU hat mit scharfer Kritik auf den am Samstag fortgesetzten Massenprozess gegen mehr als 100 Gegner des umstrittenen iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad reagiert. Schwedens Außenminister Carl Bildt sprach von einem „Schauprozess“ und forderte die sofortige Freilassung der Angeklagten. Auch die Regierungen in Paris und London protestierten scharf.

Die mächtigen Revolutionsgarden forderten gestern, auch Oppositionsführer Mirhossein Mussawi vor Gericht zu stellen. Der Reformersowie der bei der Wahl ebenfalls unterlegene Kandidat Mehdi Karubi und Ex-Präsident Mohammed Chatami müssten angeklagt und bestraft werden, sagte Jadhollah Dschavani, ein hochrangiger Befehlshaber der Revolutionsgarden.

Mit dem Massenprozess riskiert die iranische Führung ein neues schweres Zerwürfnis mit Europa.

„Jede Handlung gegen einen Mitgliedsstaat, einen Bürger oder Botschaftsmitarbeiter wird als Handlung gegen die gesamte EU betrachtet“, hieß es in einer Erklärung der schwedischen EU-Ratspräsidentin Bildt gab in seinem Weblog an, er habe die diplomatische Reaktion telefonisch mit London, Paris und Berlin abgestimmt.

Seit dem Beginn der Proteste gegen den Verlauf der Präsidentenwahl richtete sich der Zorn der iranischen Führung insbesondere gegen Großbritannien und Frankreich und gegen die Berichterstattung der Medien beider Länder.

Zu den Angeklagten des Massenprozesses gehören die 24-jährige Französin Clotilde Reiss sowie zwei iranische Mitarbeiter der britischen und französischen Botschaft. Ihnen wird vorgeworfen, die Proteste nach der Wahl von Präsident Mah-

mad Ahmadinedschad geschürt zu haben. Im schlimmsten Fall droht ihnen die Todesstrafe.

Nach amtlichen iranischen Medienberichten wird Reiss, den Botschaftsmitarbeitern und Dutzenden Iranern vorgeworfen, Kontakte zum Ausland gehabt, westliche Medien mit Informationen versorgt und das Internet genutzt zu haben, um die Islamische Republik zu untergraben.

Auch der Chefanalytist der britischen Botschaft in Teheran, der Iraner Hussein Rassam, steht wegen Spionage vor dem Kadi. Ein weiterer Iraner, Arash Rahmani, offenbar ein Monarchist mit Kontakten zur britischen Botschaft, muss sich ebenfalls verantworten. Laut der amtlichen Nachrichtenagentur Irna hat er gestanden, er habe einen Giftanschlag auf das Teheraner Trinkwassersystem sowie Bombenanschläge geplant.

Die iranische Führung hat gestern erstmals offiziell bestätigt, dass sie drei US-Bürger, die vom Irak aus in den kurdischen Bergen gewandert waren, in Gewahrsam genommen hat. Dies gab US-Präsident Barack Obamas Nationaler Sicherheitsberater James Jones gestern in der TV-Sendung „Meet the Press“ des Senders NBC bekannt. Seit Tagen herrschte Unklarheit über den Verbleib der Touristen. Die drei Wanderer hatten vor zehn Tagen offenbar nicht bemerkt, dass sie die kaum markierte Grenze zwischen dem Irak und dem Iran überschritten hatten. Der Iran untersucht gegenwärtig, ob die drei US-Bürger sich der Spionage schuldig gemacht hätten, berichteten iranische Medien.

Ein hochrangiger iranischer Militärführer forderte unterdessen eine noch schärferen Kontrolle der Auslandspressen. „Nach dem Scheitern der samtenen Revolution im Iran planen ausländische Schlüsselfiguren im Land weitere Phasen ihres Vorhabens, das Sys-

tem zu schwächen“, sagte Massud Dschasajeri. Dazu wollten sie „ihre Medien“ benutzen. Die Auslandspressen müsse deshalb stärker kontrolliert werden. Die Medienberichterstattung war schon während der Proteste nach der Wahl beschränkt worden, viele Korrespondenten mussten ausreisen.

Im berüchtigten Kahrizak-Gefängnis im Süden Teherans sollen angeblich mehrere Insassen zu Tode gefoltert worden sein. Laut der halb amtlichen Nachrichtenagentur Fars wurde der Direktor der im iranischen Volksmund als „Teherans Guantanamo“ bekannten Haftanstalt gestern entlassen.

Nach der Wahl am 12. Juni waren Hunderttausende auf die Straße gegangen. Die Proteste wurden teils gewaltsam niedergeknüppelt. Mehr als 1000 Demonstranten und Oppositionsanhänger wurden festgenommen, mindestens 20 Menschen getötet.

LEITARTIKEL | Seite 25



## Familienbild mit historischem Eid

Eine Frau schreibt US-Geschichte: Die 55-jährige **Sonia Sotomayor** (l.) ist am Samstag als erstes Mitglied der hispanischen Minderheit in das höchste Gericht des Landes eingezogen. Zwei Tage nach ihrer Bestätigung im Senat wurde die bisherige Bundesberufungsrichterin am Samstag vom Vorsitzenden Richter des Supreme Court in Washington, **John Roberts** (r.), vereidigt. Das Gericht erlaubte erstmals eine Liveübertragung der Zeremonie im Fernsehen – auch das ein Zeichen für die historische Bedeutung. Sotomayor ist neben Ruth Bader Ginsburg die zweite Frau in dem neunköpfigen Richtergremium und erst das dritte weibliche Mitglied des Obersten Gerichtshofs in der US-Geschichte überhaupt. Die in New York geborene Tochter von Einwanderern aus Puerto Rico war die erste Wahl des ersten schwarzen Präsidenten, Barack Obama. Sotomayor zur Seite standen bei der Vereidigung ihre Mutter **Celina Sotomayor** und ihr Bruder **Juan Luis Sotomayor**. DPA

# Regierungen kommen gegen Drogenmafia nicht an

Streit zwischen USA, Kanada und Mexiko auf dem Nordamerikagipfel · US-Kongress blockiert Auszahlung von Geldern für die Polizei

VON MATTHIAS KNECHT, MEXIKO-STADT

Der amerikanische Präsident Barack Obama ist gestern ohne das geplante Gastgeschenk in Mexiko angekommen. 100 Mio. \$ Militär- und Polizeihilfe wollte Obama seinem Amtskollegen Felipe Calderón noch vor dem Beginn des Nordamerikagipfels in Guadalajara mitbringen, als Teil eines 2007 gestarteten 1,4-Mrd.-Paketes für den Antidrogenkampf. Doch der US-Senat blockierte die Auszahlung der Gelder vergangene Woche, da er an der Wirksamkeit des Programms zweifelte.

Programmiert sind damit auf dem bis Dienstag dauernden Gipfel zwischen den USA, Kanada und Mexiko harte Debatten zum Drogenhandel, dem Topthema des Treffens. Mit Sorge betrachtet man in den USA die wachsende Macht der sieben großen mexikanischen Drogenkartelle. Sie kontrollieren 90 Prozent des in die USA geschmuggelten Kokains sowie in steigendem Maß den Markt für synthetische Drogen. Gerade erst hat die Armee eines der weltweit modernsten und größten Drogenlabore entdeckt. Die Tageszeitung

„Reforma“ berichtete am Samstag, in der Anlage im Norden des Bundesstaates Durango sei vor allem die synthetische Droge Crystal hergestellt worden. Die Ermittler entdeckten jedoch auch andere Rauschmittel wie Marihuana. Die Anlage verteile sich über eine Fläche von 240 Hektar und sei in verschiedene Bauten aufgeteilt, die gut getarnt selbst aus der Luft kaum zu entdecken gewesen seien.

Gegen die Drogenmafia hat Präsident Calderón mittlerweile 45 000 Soldaten und Bundespolizisten mobilisiert – und ermet trotzdem nur noch mehr Gewalt. Offiziellen Zahlen zufolge kamen inzwischen mehr als 10 000 Menschen im Drogenkrieg ums Leben, die meisten davon bei Kämpfen verfeindeter Kartelle untereinander. Allein vergangenen Monat starben 854 Menschen im Kampf zwischen Drogenhändlern und Sicherheitskräften. Der Juli war damit der blutigste Monat seit Calderóns Amtsantritt Ende 2006.

Der mexikanische Präsident setzt vor allem auf den Einsatz der Armee, was nicht nur in Mexiko, sondern inzwischen auch in den USA

## Angst vor der Freiheit

**Einigung** Seit 15 Jahren gilt das Freihandelsabkommen Nafta, seitdem hat sich sich das Handelsvolumen zwischen den USA, Kanada und Mexiko verdreifacht.

**Konflikt** Doch US-Betriebe fürchten die Billigkonkurrenz aus Mexiko. Einen Vorgeschmack auf drohende Konflikte bekam Nordamerika im letzten März. Die US-Regierung verhängte entgegen den Freihandelsbestimmungen ein Fahrverbot für mexikanische Spediteure. Mexiko verhängte im Gegenzug Strafzölle auf US-Produkte.

**Gewinner und Verlierer** Vom Freihandel profitierte bisher vor allem die mexikanische Exportwirtschaft, die zu mehr als 80 Prozent für den US-Markt produziert. Die mexikanische Landwirtschaft gerät hingegen unter Druck, weil sie mit der US-Konkurrenz nicht mithalten kann. Kleinbauern und Landarbeiter verlassen daher seit Inkrafttreten von Nafta vermehrt das Land.

kritisiert wird. „Die Militärstrategie ist keine Lösung“, sagte der US-Senator Patrick Leahy und bemängelte ausbleibende Reformen bei Mexikos korrupter Polizei und Justiz.

Für Skepsis in den USA sorgen zudem neue Enthüllungen über gravierende Menschenrechtsverletzungen durch die mexikanische Armee, die in der amerikanischen Presse breites Echo fanden. Menschenrechtsorganisationen in den USA und Mexiko beklagten Dutzende Fälle von Tötungen, Folter, Vergewaltigungen und illegalen Festnahmen durch Soldaten. 559 Beschwerden dazu haben mexikanische Bürger im ersten Halbjahr 2009 bei der Menschenrechtskommission des Landes eingereicht.

Senator Leahy, der den Senatsausschuss für Auslandshilfe leitet, drohte darum mit einer 15-prozentigen Kürzung der Gelder für Mexiko. Genau dazu hatte zuvor die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch Präsident Obama aufgefordert.

Umgekehrt fühlen sich die Mexikaner von den USA nicht ausreichend unterstützt im Kampf gegen

die Drogenmafia – immerhin verbrauchen die Amerikaner rund die Hälfte des weltweit produzierten Kokains. „Unsere unstillbare Nachfrage nach illegalen Drogen heizt den Drogenkrieg an“, gab selbst Außenministerin Hillary Clinton kürzlich zu.

Die Auseinandersetzungen um die Drogenbekämpfung kommen für beide Seiten zu einem ungünstigen Zeitpunkt. Denn ohnehin sind die Beziehungen Mexikos mit seinen nördlichen Nachbarn USA und Kanada durch die Auswanderung arbeitssuchender Mexikaner während der Wirtschaftskrise belastet, die beide Länder stark getroffen hat. Kanada verhängte vergangenen Monat überraschend eine Visumpflicht für Mexikaner. Das Thema steht bei den Gesprächen zwischen Calderón und Kanadas Premierminister Stephen Harper ganz oben auf der Agenda.

Für Verstimmung in Mexiko sorgt auch die teilweise als entwürdigend und willkürlich empfundene Behandlung seiner Bürger in den USA. Dort leben 12,7 Millionen Mexikaner, mehr als die Hälfte davon ohne gültige Papiere.